



Gerda
Hasselfeldt
CSU



hasselfeldts berliner notizen

informationen zur aktuellen bundespolitik

18.11.2016

Kampf gegen den Politischen Islam

Noch keine andere ideologische Bewegung hat in den letzten Jahrzehnten so viel Gewalt, Destabilisierung und Terror hervorgebracht wie der sogenannte Politische Islam. Mit einer ganzen Reihe von Mitteln, die von Terrorattacken bis zur Anwerbung junger Menschen durch Salafisten reichen, versucht er eine allein religiös legitimierte Gesellschafts- und Staatsordnung durchzusetzen. Er lehnt die freiheitliche und offene westliche Gesellschaft ab und hat sie zu seinem Feindbild erklärt. Vor diesem Hintergrund hat die CSU im Rahmen Ihres Parteitags den Leitantrag „Politischer Islam“ beraten und mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Mit diesem Antrag sprechen wir ein wichtiges Problem an, das die Menschen in Deutschland seit einiger Zeit beschäftigt.

Wir unterscheiden allerdings ganz klar zwischen dem Politischen Islam und dem Islam als Religion. Für die CSU hat Religionsfreiheit einen hohen Stellenwert und daher begegnen wir dem Islam mit unserer vollen Wertschätzung. Der Politische Islam missbraucht aber den Islam und nutzt den Koran, um Gewalt gegen andere Religionen und Terror zu legitimieren. Es ist daher wichtig, die Gefahren des Politischen Islams konkret zu benennen und darüber eine gesellschaftliche Debatte zu führen.

Unsere Werte stehen nicht zur Disposition

Der Politische Islam nutzt die in der westlichen Welt stark ausgeprägte Religionsfreiheit aus, um seine eigenen kulturellen Vorstellungen gegen die Werteordnung der Mehrheitsgesellschaft durchzusetzen. Beispielsweise unterstützt er die Gründung von Parallelgesellschaften, die nach den Regeln der Scharia funktionieren und dadurch die Rechtsordnung des Gastlandes missachten, in den islamischen Teilen der Gesellschaft. Mit Forderungen wie Verzicht auf Schweinefleisch in Schulkantinen oder Einführung von gesonderten Badezeiten für Muslime in öffentlichen Schwimmbädern will der Politische Islam die deutsche Öffentlichkeit provozieren und versucht, das Erscheinungsbild Deutschlands in seinem Sinne zu verändern, und zwar für Muslime ebenso wie für die Mehrheitsbevölkerung. Zudem befürwortet der Politische Islam patriarchale Strukturen, die die Rechte von Frauen bewusst missachten. Es ist nun Aufgabe der Politik, auf die Ausnutzung unserer Grundrechte zu reagieren. Denn für alle, die in unserem Land leben, egal welchen Glaubens, ist unsere Leitkultur der Maßstab für ein gelingendes Zusammenleben.

Fakt ist, dass die Gleichberechtigung von Mann und Frau ein Grundwert unserer Gesellschaft ist, das nicht zur Disposition steht. Deshalb setzt sich die CSU für ein Verbot von Burka und Niqab ein, wo immer dies rechtlich möglich ist. Denn die Vollver-

schleierung des Gesichts durch Burka oder Niqab ist nicht zwangsläufig ein Ausdruck gelebter Religiosität. Vielmehr ist es ein Instrument der Entrechtung und Entpersonalisierung von Frauen. Das Tragen des Kopftuchs steht für eine bewusste Abgrenzung sowie für die Ablehnung der westlichen Werte und unseres Menschenbildes und verhindert damit Integration. Vor diesem Hintergrund lehnen wir Vollverschleierung im öffentlichen Raum (insbesondere im Gerichtssaal) ab.

Wir in Deutschland dulden keine Kinderehen. Ein unter 16-jähriges Mädchen gehört nicht in eine Ehe, sondern in die Schule. Der Vorrang des Kindeswohls ist eine Grundsäule unserer Gesellschaft. Deswegen dürfen Ehen, die unter Verstoß gegen das Kindeswohl oder unter Zwang oder jedweder Unterdrückung der Frau zustande gekommen sind, von der deutschen Rechtsordnung nicht akzeptiert werden. Kinderehen müssen von Anfang an nichtig sein und die betroffenen Mädchen unmittelbar von den Bindungswirkungen der Ehe freigestellt werden. Dazu fordert die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag den Bundesjustizminister auf, noch in diesem Jahr eine gesetzliche Regelung vorzulegen.

Kompromissloser Kampf gegen Radikalisierung

Die Terroranschläge in Würzburg und Ansbach haben gezeigt, dass Islamisten bereits potenzielle Kandidaten für den gewaltbereiten Dschihad in Deutschland rekrutiert haben. Die CSU nimmt diese konkrete Gefahr durch Radikalisierung sehr ernst und befürwortet ein entschiedenes Vorgehen gegen salafistische sowie andere radikal-islamische Gruppierungen. Daher begrüßen wir das Verbot der Vereinigung „Die wahre Religion“, die eine verfassungsfeindliche Ideologie verbreitet und als Sammel- und Rekrutierungsbecken für dschihadistische Islamisten gilt. Um der Gefahr der Radikalisierung von jungen Muslimen nachhaltig begegnen zu können, fordern wir die muslimischen Verbände in Deutschland auf, verstärkte Präventionsarbeit zu leisten.

Wir wollen Muslime und Mitbürger bekräftigen und unterstützen, die das Zusammenleben in unserer Gesellschaft im Sinne einer freiheitlichen und aufgeklärten Grundhaltung gestalten. Unser Zusammenleben muss im Einklang mit unserer Werteordnung stehen. Denn die CSU ist die Partei, die die Achtung unserer Leitkultur durchsetzt und den Kampf gegen den Politischen Islam entschlossen führt.